

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0  
Telefax: (0228) 9 15 20-12 (Redaktion)  
9 15 20-15



## Inhalt

An die Gründung des Bundes der sozialdemokratischen Parteien Europas vor 20 Jahren erinnert Heidemarie Wieczorek-Zeul.

Seite 1

Für eine weitere Konkretisierung des SPD-Regierungsprogramms im Umweltschutzbereich spricht sich der umweltschutzpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Michael Müller aus.

Seite 2

Der SPD-Vorsitzende Rudolf Scharping verspricht in Prag eine stetige Verbesserung der deutsch-tschechischen Beziehungen.

Seite 3

49. Jahrgang / 66

7. April 1994

### Motor der europäischen Zusammenarbeit

**Vor 20 Jahren wurde der Bund der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien in Europa gegründet**

Von Heidemarie Wieczorek-Zeul MdB  
Stellvertretende Vorsitzende der SPD

Vor 20 Jahren - am 5. April 1974 - wurde der Bund der sozialdemokratischen Parteien der EG gegründet. Wilhelm Dröcher war sein erster Vorsitzender. Mit seinen 14 Mitglieds- und Beobachterparteien, die insgesamt über drei Millionen Mitglieder und über 50 Millionen Wähler vertraten, war der Bund der bedeutendste europäische Zusammenschluß von Parteien. Als Organ der regionalen Zusammenarbeit der Mitgliedsparteien der Sozialistischen Internationale umfaßte der Bund die Parteien der neun Mitgliedsstaaten der EG und der zwei beitragswilligen Länder Portugal und Spanien. Die Ziele des Bundes wurden in einer gemeinsamen politischen Erklärung definiert: Verstärkte Zusammenarbeit zwischen den europäischen sozialdemokratischen Parteien, die Erarbeitung gemeinsamer Standpunkte zu den wichtigsten Fragen der EG durch ständigen Austausch der Meinungen und Kontakte zwischen den Vertretern der Parteien und die Vorbereitung der Direktwahlen zum Europäischen Parlament. Aus der damaligen Zielbestimmung wird deutlich, welche Fortschritte in der europäischen Integration der sozialdemokratischen Parteien seither erreicht wurden. Damals hieß es: "Im Bewußtsein ihrer Verschiedenartigkeit und gestärkt durch ihr gemeinsames Ideal wollen die Sozialdemokratischen Parteien alle Europäer an ihrem Unterfangen teilhaben lassen, gemeinsam ein freieres, gleicheres, gerechteres und solidarischeres Europa aufzubauen."

Das Statut sah vor, daß der Kongreß bindende Beschlüsse fassen könne, im Vorstand wurde jedoch Einstimmigkeit angestrebt, die aber in der Praxis mehr und mehr Mehrheitsabstimmungen Platz machte. Die intensiven Diskussionen in den Gremien des Bundes, die die sozialdemokratischen Parteien der "Beitrittskandidaten" Portugal und Spanien schon vor ihrem vollen Beitritt einbezog, leistete einen wichtigen Beitrag für die Heranführung und Integration in die EG.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn  
Postfach 190167, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.  
zuzügl. MwSt. und Versand.

Verpflichteter Umgang  
mit wertvollen Rohstoffen  
Recycling-Papier



Der Bund war eine wichtige Etappe in der Zusammenarbeit der europäischen sozialdemokratischen Parteien, allerdings nicht die erste. Schon am 23. Juni 1953 bildeten die Sozialisten in der Gemeinsamen Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl eine Fraktion. Erster Fraktionsvorsitzender war Guy Mollet, sein Stellvertreter Erich Ollenhauer. Herbert Wehner gehörte zu den Gründungsmitgliedern. Am 25./26. Januar 1957 fand auf Initiative der Sozialistischen Fraktion eine Konferenz der sozialistischen Parteien der sechs Länder statt. Die Teilnehmer gründeten ein "Verbindungsbüro der sozialdemokratischen Parteien", in dem in enger Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften die Zusammenarbeit ausgebaut wurde. Gemeinsam entwickelten sie auf Kongressen und in den Sitzungen des Büros eine gemeinsame Haltung zu der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, EURATOM und der Europäischen Freihandelszone. Schon damals forderten die Sozialdemokraten, daß die wirtschaftliche Einigung einhergehen müsse mit der Demokratisierung der Gemeinschaft.

Aus dem Bund ging auf dem Kongreß in Den Haag im November 1952 die Sozialdemokratische Partei Europas hervor, deren erweiterte Mitgliedschaft das Wachstum der EG und die enge Heranführung der beitragswilligen EFTA-Staaten an die jetzige EU widerspiegelt.

Schon immer waren Wahlen zum Europäischen Parlament ein Anlaß, um intensiver über ein gemeinsames Programm und gemeinsame Wahlaussagen zu arbeiten. Der erste Versuch wurde 1976 und 1977 unternommen. Ein Entwurf für eine gemeinsame Wahlplattform wurde am 6. Juni 1977 in Luxemburg verabschiedet. Die SPD beriet in der Parteivorstandssitzung im Oktober 1977 diesen Entwurf und stimmte ihm zu. Probleme gab es allerdings bei den französischen Sozialisten und der englischen Labour Party. Probleme ganz anderer Art gab es mit den niederländischen Sozialdemokraten, die auf einem Parteitag im Februar 1978 circa 150 Änderungsanträge verabschiedet hatten und die Berücksichtigung dieser Änderungsanträge in dem europäischen Wahlmanifest forderten. Dies schuf unüberbrückbare prozedurale Probleme nicht nur wegen der hohen Zahl der Änderungswünsche, sondern weil die Verabschiedung durch den nationalen Parteitag dem Vertreter des Parteivorstandes im Bund jegliche Kompromißfähigkeit genommen hatte. Erfolgreicher verliefen nach diesem ersten Anlauf die späteren Versuche eines gemeinsamen Wahlprogramms. Bei jeder folgenden Wahl des Europäischen Parlaments traten die europäischen Sozialdemokraten mit einer gemeinsamen Wahlaussage an. Das ist bei der anstehenden Wahl zum europäischen Parlament nicht anders.

Heute gehören der SPE neben der SPD als Vollmitglieder die sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien aus Dänemark, Finnland, Norwegen, Schweden, Spanien, Griechenland, Frankreich, Portugal, Irland, Nordirland, Großbritannien, Luxemburg, den Niederlanden und Österreich an, dazu die beiden sozialistischen Parteien aus dem flämischen und wallonischen Landesteil Belgiens und aus Italien die Sozialisten (PSI), die Sozialdemokraten (PSDI) und die demokratische Partei der Linken (PDS). Der Präsident der SPE ist der belgische Außenminister Willi Claes, der zur Zeit auch EU-Ratspräsident ist. Diese Parteien kämpfen gemeinsam darum, in den kommenden Wahlen zum Europäischen Parlament erneut die stärkste Fraktion zu stellen und als solche weiter der Motor für ein demokratisches Europa zu sein.

(-7. April 1994/hgs/ks)

\*\*\*\*\*

### **Befreiungsschlag im Herbst** **Für einen Solidarpakt für Arbeit und Umwelt**

Von Michael Müller MdB  
Umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Bei der Bundestagswahl im Oktober 1994 geht es um eine Richtungsentscheidung: Entweder Fortsetzung der konservativen Politik, die unser Land tief in eine Lähmung und Polarisierung geführt hat, oder Chance auf eine Erneuerung durch eine Politik innerer Reformen. Sie ist eine Schlüsselwahl, bei der der SPD eine zentrale Bedeutung zukommt. Deshalb kann es nicht um ein Kokettieren mit den politischen Rändern gehen, erforderlich ist eine Stärkung der SPD, weil dies die Voraussetzung für die Erneuerung unseres Landes ist, um unserer Gesellschaft wieder sozialen Zusammenhalt und eine Fortschrittsperspektive zu geben. Diese Reformziele müssen sich in der SPD-Politik bündeln.

Angesichts der bedrohlichen Auflösungserscheinungen des politischen Systems, aber auch der zunehmenden neonationalen Töne aus den Unionsparteien, insbesondere von Schäuble und Stoiber, ist im

Herbst ein "Befreiungsschlag" notwendig, um die kreativen Kräfte in Wirtschaft und Gesellschaft zu motivieren, ein Reformbündnis zu schmieden. Es verlangt große politische Klugheit, mit dieser schwierigen Aufgabe vernunftgerecht umzugehen. Radikale Forderungen ermöglichen noch keine neuen Mehrheiten, aber veränderte Mehrheiten müssen auch noch keine neue Politik zur Folge haben. Nach dem Ende der ökonomischen Schönwetterphase kommt es deshalb darauf an, wirksames Krisenmanagement mit sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Neuorientierung zu verbinden.

Wie nie zuvor rückt der Entwurf des Regierungsprogramms die Themen Arbeit und soziale Gerechtigkeit nach vorne. Auch im ökologischen Kapitel sind einige sehr ehrgeizige Forderungen enthalten, die die Umweltpolitik ohne Zweifel ein großes Stück voran bringen würden:

- o die Verringerung der klimaschädlichen Kohlendioxid-Emissionen um 25 Prozent bis zum Jahr 2005;
- o Vorschriften zur Verbrauchsreduktion beim PKW mit dem Ziel des "3-Liter-Autos";
- o Öko-Steuer und eine allgemeine Energiesteuer;
- o die Ausweisung von zehn Prozent der Landesfläche als Naturschutzgebiet.

Deshalb müssen auch Unklarheiten und Widersprüche im Entwurf beseitigt werden, um den "doppelten Generationenvertrag" (Rudolf Scharping) konkret auszufüllen und das Bündnis zwischen Arbeit und Umwelt stärker herauszustellen. Dazu zählen insbesondere die Aussagen zur ökologischen Neuorientierung der Verkehrspolitik, zumal sich die SPD seit rund zehn Jahren für eine allgemeine Geschwindigkeitsbegrenzung ausspricht, zuletzt auf dem Bundesparteitag 1993 in Wiesbaden. Dazu zählen weiterhin:

- Least-Cost-Planing und Förderungsinstrumente, um die Energieversorgung von der Verschwendungs- auf eine Einsparwirtschaft umzustellen;
- ein Gesetz zur Förderung der Solarenergie;
- Beendigung des Dualen Systems und grundlegende Reform der Abfallwirtschaft mit dem Schwerpunkt auf Vermeidung;
- Reform des steuerlichen Rahmens: Wer in ökologische Innovationen wie den Produkt- und produktionsintegrierten Umweltschutz investiert, wird bevorzugt, wer die Umwelt vergiftet, wird höher belastet.

Die SPD wird den Kurs der Erneuerung halten und Rudolf Scharping wird damit in die Wahlauseinandersetzung gehen.

(-/7. April 1994/hgs/ks)

\*\*\*\*\*

### Die gemeinsame Basis heißt Europa

**Das Verhältnis zwischen Deutschen und Tschechen ist ein zentrales Problem der europäischen Zukunft**

**Von Rudolf Scharping\***

**Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands**

...Die europäische Zukunft ist offen. Das Jahr 1989 ist das Jahr einer Zeitenwende, in unserem Jahrhundert nur vergleichbar mit den Jahren 1945 und 1918. Der Kommunismus ist zusammengebrochen, die Planwirtschaft hat sich als ein ökonomisch unwirksames und menschlich rücksichtsloses System erwiesen. 1989 sind viele Millionen von Menschen in dem, was wir früher Ostblock nannten, in die Freiheit entlassen worden. Gleichzeitig aber ist der "Block", der nur durch Gewalt zusammengehalten war, zerborsten. Manche der vom Kommunismus befreiten Gesellschaften, darunter die Tschechische Republik, bieten eine positive wirtschaftliche Perspektive. Man kann hoffen, daß sie sich rasch zu Marktwirtschaften entwickeln, die prosperieren und den Menschen ein menschenwürdiges Leben ermöglichen. Manche sind aber auch in ein ökonomisches Chaos gestürzt und man weiß nicht, wann und ob sie sich aus diesem Chaos befreien können. Und wo Hunger herrscht, setzen sich auch oft Aggressionen durch. Das heißt, daß sich in Mitteleuropa, in Osteuropa und Südosteuropa sehr unterschiedliche Gesellschaftstypen entwickeln werden: Demokratien, die den westeuropäischen sehr ähnlich sein werden, aber auch rechtsautoritär oder linksautoritär beherrschte Gesellschaften. Man muß diese Entwicklung, wenn man sie beeinflussen will, ohne Illusionen analysieren.

Eine besondere Gefahr nicht nur für die neuerdings befreiten Teile Europas, sondern für ganz Europa bedeutet dabei der Bazillus des Nationalismus. Daß Völker, die von einer Zentrale unterdrückt wurden, zum Beispiel also in der Sowjetunion vom Moskauer Zentralismus, nach Selbstbestimmung streben, muß man verstehen: Die Devise 'jedem Volk seinen eigenen Staat' wird in Völkermischzonen allerdings schreckliche Konflikte auslösen; auf dem Gebiet des früheren Jugoslawien kann man das gerade studieren. Und die Art, wie populistische Führer kommunistische Parteien in nationalistische Volksbewegungen umgewandelt haben - ohne die autoritären Strukturen antasten zu müssen - ist zwar höchst geschickt, aber auch höchst problematisch. Vertreter der parlamentarischen Demokratie und Befürworter der zivilen Gesellschaft sehen all diese Entwicklungen verständlicher Weise mit Besorgnis...

Die Europäische Union ist durch die Entwicklung des Jahres 1989 zuerst einmal kalt erwischt worden. Niemand von uns war auf diese große Wende vorbereitet. Wir waren gerade dabei, die Europäische Gemeinschaft zu einer politischen Union weiterzuentwickeln. Die Geschichte hat nicht gewartet, bis wir diesen Prozeß fein säuberlich beendet hatten. Also entstanden scharfe Friktionen und Konflikte, die jetzt unsere tägliche Arbeit bestimmen. Bei der Aufnahme der EFTA-Staaten in die Europäische Union kann man das jetzt genauso beobachten wie vorher bei der Ratifikation des Maastricht-Vertrages.

Das Dilemma der Europäischen Union liegt in folgendem: Einerseits muß sie, wenn sie politisch und wirtschaftlich neben Amerika und dem südostasiatischen Raum bestehen will, zusammenwachsen, handlungsfähiger werden, einiger werden. Deswegen waren wir bestrebt, die Europäische Union zu vertiefen. Andererseits sollte sich diese Union erweitern. Wir wissen, daß wir die Demokratie in Portugal, Spanien und Griechenland gesichert haben, indem wir diese Länder in die Union aufgenommen haben. Wir sind daran interessiert, vergleichbare Wirkungen in Mittel- und Osteuropa zu erzielen. Aber unsere Kräfte sind begrenzt; unsere wirtschaftlichen genauso wie unsere politischen. Je mehr Staaten der Union angehören, desto komplizierter wird der Entscheidungsprozeß. Je unterschiedlicher die Ökonomien dieser Staaten organisiert sind, desto kostspieliger und gefährlicher wird der Prozeß der Integration. Niemand weiß das besser als ein Deutscher. Wir transferieren Jahr für Jahr über 150 Milliarden Mark in die neuen Bundesländern, die früher den Staat "DDR" gebildet haben; und trotzdem sind wir von vergleichbaren Lebensverhältnissen und einer befriedigenden wirtschaftlichen Entwicklung noch weit entfernt. Die Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern liegt in vielen Regionen bei 25 oder 30 Prozent.

Was die Integration mitteleuropäischer Staaten, zum Beispiel der Tschechischen Republik in die Europäische Union betrifft, gibt es also zwei Aspekte:

Erstens möchte ich als Vorsitzender der deutschen Sozialdemokraten für diese, aber in Übereinstimmung mit vielen politischen Kräften meines Landes und in Übereinstimmung vor allem mit unseren Schwester- und Bruderparteien in der Sozialdemokratischen Partei Europas sagen, daß wir den mitteleuropäischen Staaten eine europäische Perspektive bieten wollen. Ein erster Schritt waren die Europaverträge, darunter der Europavertrag mit Ihrem Land. Ein nächster Schritt muß die Öffnung unserer Grenzen für einen intensiven Handel mit Ihren Ländern sein, und zwar gerade auf den Feldern, in denen sie erfolgreich exportieren können. Sie wissen, daß sich die deutsche Politik, wenn auch nicht immer mit Erfolg, in der Europäischen Gemeinschaft für eine solche Öffnung eingesetzt hat. Betrachten Sie die deutschen Sozialdemokraten bitte als aktive Unterstützer in dieser für Sie so wichtigen Frage.

Mein zweiter Hinweis gilt dem Wunsch der Tschechischen Republik, aber auch der Polen, der Slowaken, der Ungarn und anderer, Vollmitglieder der Europäischen Union zu werden. Wir alle wissen, daß dies ein längerer Prozeß ist, der sich nicht übers Knie brechen läßt. Aber wir verstehen diesen Wunsch. Wir bitten allerdings um Verständnis dafür, daß wir eine Entwicklung, in der die Europäische Gemeinschaft aufgehäuft und in ihrer Struktur gelockert würde, nicht befürworten können. Wer Vollmitglied dieser Gemeinschaft werden will, muß den "Acquis Communautaire" akzeptieren, den erreichten Fortschritt in der Zusammenarbeit annehmen. Das bedeutet Souveränitätsverzicht für die Nationalstaaten. Wir selbst haben ihn geleistet, die jetzt gerade hinzutretenden EFTA-Staaten wollen ihn leisten und die Mitteleuropäer, die in der Gemeinschaft mitarbeiten wollen, müssen den gleichen Schritt tun. Ich sage ohne Umschweife, daß dies auch im deutschen Interesse liegt. Wir wollen keine Verdünnung der Europäischen Gemeinschaft zu einer Freihandelszone, in der die Nationalstaaten die eigentlichen politischen Akteure bleiben. Deutschland ist an einer festen Einbindung in die Europäische Gemeinschaft und damit in den Westen vital interessiert.

Lassen Sie mich ein Wort zur sicherheitspolitischen Lage hinzufügen. Zunächst müssen wir gemeinsam fortsetzen, was wir zum gemeinsamen Nutzen aller schon während des Ost-West-Konfliktes erprobt hatten: Gemeinsame Sicherheit durch vertragliche Vereinbarungen, wie sie zum Beispiel in Form der KSZE, von SALT, START, MBFR erprobt wurden. Rüstungskontrolle und Abrüstung, Sicherheit durch Angriffsunfähigkeit sollten nach dem Wegfall des ideologischen Konfliktes und der machtpolitischen Polarisierung heute leichter erreichbar sein als früher. Das kann im übrigen einschließen, daß auch der Umfang militärischer Möglichkeiten kontinuierlich kritisch überprüft wird. Wir sind zum Beispiel nicht darauf fixiert, daß unsere Bundeswehr immer und ewig auf 370.000 Mann festgeschrieben wird. Im Gegenteil: Wir halten uns die Option auf eine weitere Verkleinerung offen, wenn man auch die Entwicklung vorsichtig und aufmerksam beobachten muß.

Ein europäisches System der gemeinsamen Sicherheit, wie die KSZE das sein soll, könnte sich als regionale Organisation der Vereinten Nationen verstehen, unbelastet von Veto-Rechten, aber unter Einfluß von Rußland und ohne die Vereinigten Staaten von Nordamerika auszuschließen. Das heißt: Es muß transatlantisch verankert bleiben. Ob und wie man ein funktionierendes sicherheitspolitisches Instrument wie die NATO - ein wirksameres gibt es zur Zeit nicht - nach Osten verbreiten kann, hängt davon ab, wie das entsprechende Interesse in Ihrem Land, in Budapest oder Warschau mit den Sicherheitsinteressen der baltischen Staaten, Weißrußlands und der Ukraine - und nicht zuletzt auch Rußlands - in Einklang gebracht werden kann. Das Programm 'partnership in peace' ist ein erster, wichtiger, begrüßenswerter Schritt. Über eine darüberhinaus reichende Mitgliedschaft solcher Staaten in der NATO mit entsprechenden Beistandsverpflichtungen sollte man offen und ohne Scheuklappen weitersprechen. Sie können davon ausgehen, daß wir Deutschen für Ihre Wünsche Verständnis haben und über dieses Problem mit unseren amerikanischen, englischen und französischen Freunden in einem konstruktiven Dialog stehen.

Natürlich liegen unseren gemeinsamen europäischen Perspektiven nicht nur bei multilateralen, sondern auch bei bilateralen Problemen. Deswegen erlauben Sie mir, daß ich jetzt ein paar offene Bemerkungen zum Verhältnis zwischen unseren beiden Völkern mache.

Deutsche und Tschechen sind Nachbarn seit einem Jahrtausend, von den Stauern und Przemysliden bis um die Mitte des 17. Jahrhunderts direkt, dann vermittelt über die Habsburger, das heißt über Österreich, und seit Beginn dieses Jahrhunderts, das heißt seit der Entstehung des tschechoslowakischen Staates, wieder direkt. Wie alle Geschichte kennt auch diese Höhen und Tiefen, Schuld und Leid, Verzweiflung, aber immer wieder auch Hoffnung. In allem Auf und Ab aber werden wir Deutschen eines nicht vergessen, daß wir mit keinem Volk Europas über so lange Zeiträume so eng verbunden waren wie mit dem tschechischen, beziehungsweise das tschechische mit keinem anderen Volk so wie mit dem deutschen.

Was dann in unserem Jahrhundert geschah, hat dieses Bewußtsein fast ausgelöscht. In jedem Fall hat es diese beispiellose deutsch-slawische Symbiose zerstört; sicherlich zum Schaden beider und nicht zum Nutzen der einen oder anderen Seite, wie man 1938 und 1945 glaubte. Übrig blieben die Trümmer, die Anklagen von der einen wie von der anderen Seite; die Versuche der Rechtfertigung, die Erstarrung in Klischees von "Wahrheiten", die man wie eine Waffe gegen den jeweils Anderen verwendet.

Nach Präsident Haves! Brief an unseren Bundespräsidenten hoffte man, daß nun der Weg frei sein würde, eine böse Vergangenheit endgültig zu überwinden. Leider hat es sich gezeigt, daß wir immer noch am Anfang stehen, ja daß gelegentlich der Rückfall in alte Konfrontationen droht.

Das darf nicht geschehen. Wir müssen beide unsere Anstrengungen vereinen, daß das nicht mehr geschieht. Verhindert kann es nur dann werden, wenn wir alle den Mut haben, die Dinge beim Namen zu nennen. Ich will das in der gebotenen Kürze versuchen:

Es steht außer Frage, daß die Bundesrepublik Deutschland eine Verpflichtung gegenüber der tschechischen Nation und ihrem Staat, der Tschechischen Republik, fühlt. Es ist die Verpflichtung, ein guter Nachbar zu sein und ihr auf allen Gebieten zu helfen.

Konkret heißt das, daß wir dafür eintreten werden, daß die Tschechische Republik ihren legitimen Platz in einem Vereinten Europa einnimmt. Darüber habe ich gesprochen. Wir sind bereit, der Sachwalter Ihrer Interessen zu sein, soweit und solange das von Ihnen gewünscht wird.

Es ist uns bewußt, daß es Ihnen und unseren eigenen Interessen schadet, wenn im östlichen Zentraleuropa ein Sicherheitsvakuum existiert. Die "Partnerschaft für Frieden" ist, wie ausgeführt, ein erster Schritt, dem weitere folgen können.

Wirtschaftlich wünschen wir eine enge Zusammenarbeit, die auch den sozialen Bereich einschließt. Unter keinen Umständen aber darf das zu einer Schmälerung der tschechischen Souveränität führen. Wir wollen kein "großer Bruder" sein, sondern Partner und Gleicher mit Gleichen. Die gemeinsame Basis heißt Europa.

Zum Frieden gehört aber auch, ich habe das schon eingangs gesagt, daß man die Dinge beim Namen nennt. Es ist nicht gut, daß man mit zwei Zungen spricht. Ich komme damit zum heikelsten Problem, zu dem der zwangsweisen Aussiedlung der Sudetendeutschen. Ich weiß, welche deutschen Verbrechen dem vorhergegangen sind. Trotzdem bleibt bestehen, daß das künftige Europa nicht auf den Begriffen von Kollektivschuld und Kollektivverurteilung aufgebaut werden kann. Es muß ein Weg gefunden werden, diese Frage einvernehmlich zu bereinigen. Einvernehmlich auch mit den Betroffenen.

Ich scheue mich nicht, zu erklären, daß es das Problem der Sudetendeutschen, wie wir es aus der Vergangenheit kennen, vor allem in den Größenordnungen von 1918, 1938 und 1945, nicht mehr gibt. Es gibt aber das Trauma auf beiden Seiten und das vergeht nicht, indem man einfach wegsieht; ja es trägt die Gefahr mit sich, daß es das allgemeine Verhältnis vergiftet oder zumindest Wasser auf die Mühlen derjenigen auf beiden Seiten ist, die nichts vergessen und nichts hinzugelehrt haben.

Ich sage deshalb in aller Offenheit, daß es nicht mehr darum geht, irgendeine Vergangenheit zu erneuern; nicht mehr darum geht, eine Volksgruppe zurückzulesen und nicht mehr darum geht, mit Entschädigungsforderungen das Verhältnis erneut zu belasten. Von uns Sozialdemokraten werden Sie solche Entschädigungsforderungen nicht hören.

Es geht aber darum, die Sudetendeutschen an den Gesprächen, die einen dauerhaften Frieden bringen sollen, zu beteiligen; es geht darum, ihnen die Kooperation dort anzubieten, wo Brücken des Friedens gebaut werden sollen, in Beispielen grenzüberschreitender regionaler Zusammenarbeit wie wir sie im Westen zum Beispiel mit den Franzosen und Holländern kennen; in einer gemeinsamen Stiftung, wie sie unter dem Namen Comenius bereits vorgeschlagen wurde; und auch in der gemeinsamen Aufarbeitung der Geschichte, die nicht nur die Einteilung in Schwarz und Weiß, Gut und Böse kennt.

Ich trete weiter dafür ein, daß die tschechischen Nazi-Opfer von der Bundesrepublik entschädigt werden. Ich halte das Argument für falsch, daß das der Präzedenzfall für die Sudetendeutschen werden würde; weil ich weiß, daß die Sudetendeutschen in dieser Frage mit sich reden lassen würden, wenn man sie ehrlich in die Gespräche einbezieht. Der Ausweg könnte sein, daß man eine auf die Vergangenheit bezogene Stiftung mit einer auf die Zukunft ausgerichtete, an der auch die Sudetendeutschen beteiligt sind, verbindet; ich bin aber auch für andere Lösungen offen, wie sie zwischen unseren Regierungen schon erörtert werden.

Ich bin sicher, daß man hier in der Mitte Europas angesichts der vom Osten auf uns zukommenden ethnischen Konflikte das Beispiel eines "Ethnischen Friedens" setzen könnte, der nicht Vergangenes erneuert, sondern an einem Punkt wirklich Neues setzt. Wir sollten nicht daran zweifeln, daß das möglich ist, wenn alle zusammenarbeiten und man niemanden ausschließt.

Lassen Sie mich zum Abschluß darauf hinweisen, daß ich gesteigerte Anstrengungen für notwendig halte, um den Freundschaftsvertrag zwischen unseren Ländern, den wir im Jahr 1992 abgeschlossen haben, mit Leben zu erfüllen. Sie wissen, daß das Jahr 1994 in Deutschland ein Wahljahr ist. Meine Partei kämpft um die Mehrheit in unserem Land. Wie immer die Wahl ausgeht, eines kann ich Ihnen aber versichern: Die deutsche Sozialdemokratie wird sich mit besonderer Kraft um die Verstärkung, um die stetige Verbesserung der deutsch-tschechischen Beziehungen kümmern. Denn das Verhältnis zwischen unseren beiden Völkern ist nicht nur ein Problem der Tschechen und der Deutschen, es ist ein zentrales Problem des europäischen Friedens und der europäischen Zukunft.

(-7. April 1994/hgs/ks)

\*\*\*\*\*

\* Rede vor tschechischen Politikern und Wissenschaftlern am 5. April im Prager Rudolfinum (Auszug)